

Wirtschaft

US-Arbeitsmarkt befeuert die Börsen

In den Vereinigten Staaten steigt die Hoffnung auf eine kräftige Erholung der Konjunktur.

Nach langem Niedergang meldet sich der US-Jobmarkt mit einem massiven Stellenzuwachs zurück. Die Zahl der Beschäftigten ausserhalb der Landwirtschaft stieg im Februar um 236 000, wie das Arbeitsministerium in Washington gestern mitteilte. Die Arbeitslosenquote sank um 0,2 auf 7,7 Prozent und damit auf den niedrigsten Stand seit Ende 2008. Auch wenn die Quote noch deutlich über dem langjährigen Schnitt von 6 Prozent liegt, keimt Hoffnung auf eine Wende am Arbeitsmarkt auf.

An den Finanzmärkten wurden die Zahlen positiv aufgenommen. In New York stieg der Dow Jones zu Handelsbeginn um 0,6 Prozent. Sichere Anlagen wie amerikanische und deutsche Staatsanleihen gerieten dagegen unter Verkaufsdruck. Auch an den europäischen Börsen sorgten die Meldungen aus den USA für mehr Schub.

Als Bremsfaktor auf dem US-Arbeitsmarkt erwies sich die staatliche Rotstift-Politik: Im öffentlichen Sektor wurden 10 000 Stellen gestrichen. Da sich Demokraten und Republikaner im erbitterten Haushaltsstreit im Kongress nicht einigen konnten, ist die öffentliche Hand zu milliardenschweren Einsparungen gezwungen. In den kommenden Monaten könnten die automatischen Ausgabenkürzungen des Staates den Beschäftigungszuwachs etwas dämpfen, befürchten Ökonomen. Der Jobmarkt bleibe jedoch in einer stabilen Erholungsphase.

Die Bauindustrie boomt

Die Industrie stellte 14 000 neue Mitarbeiter an und beschleunigte damit ihren Stellenzuwachs. Angesichts der Erholung am Immobilienmarkt und der Wiederaufbauarbeiten nach dem Hurrikan Sandy an der Ostküste im Herbst hat auch die Bauindustrie wieder alle Hände voll zu tun. Der Stellenzuwachs fiel im Februar mit 48 000 Jobs so stark aus wie seit März 2007 nicht mehr.

Das Wachstum der US-amerikanischen Wirtschaft war zum Jahresende 2012 fast zum Stillstand gekommen. Das schürte Befürchtungen, der Wirtschaft könnte trotz einer Börsenrally und milliardenschwerer Konjunkturspritzen der Notenbank die Puste ausgehen. Die Federal Reserve, die die Vollbeschäftigung fördern soll, ist jedoch von einer anhaltenden Erholung überzeugt. Sie hat das Wachstum mit ihrer Nullzinspolitik und weiteren konjunkturstimulierenden Massnahmen massgeblich angeschoben. Und sie will ihre monatlichen Wertpapierankäufe im Volumen von 85 Milliarden Dollar weiter fortsetzen, bis sich die Perspektiven am Arbeitsmarkt durchgreifend aufgehellt haben. (Reuters)

Gewisse Daten haben Vorfahrt

Der Prozess läuft schleichend: Nicht mehr alle Daten und Dienste im Internet werden gleich behandelt. Die Politik erwägt, diese Entwicklung zu stoppen.

Angela Barandun

So dramatisch wie die Situation in Holland ist es in der Schweiz noch lange nicht: Die dortige Ex-Monopolistin KPN hatte versucht, den Gratis-SMS-Dienst WhatsApp auf den Handys ihrer Kunden zu sperren. Empört ob dieser Bevormundung reagierte die Politik - und anerkante das Prinzip der sogenannten Netzneutralität im Gesetz. Die Niederlande garantieren damit als zweites Land weltweit den fairen und gleichberechtigten Zugang zum Internet.

Auch in der Schweiz gibt es Tendenzen, dass Internetanbieter die Freiheiten ihrer Kunden einschränken - oder sich zumindest das Recht darauf vorbehalten. So verbietet etwa Sunrise Internettelefonie wie Skype in den Nutzungsbestimmungen eines Nischenangebots, das nur via Internet erhältlich ist (Sunrise 24). Zudem gilt für sämtliche Sunrise-Kunden, dass sie ihr Handy nicht als Modem für Laptop oder Tablet verwenden dürfen (Tethering).

In den Vertragsbestimmungen von UPC Cablecom findet sich eine Klausel, wonach die Kabelnetzbetreiberin zu gewissen Zeiten das Recht hat, spezielle Dienste (Gaming, Downloads) zu bremsen - beziehungsweise ganz zu sperren. Die Swisscom wiederum behandelt die Daten ihres Fernsehangebots prioritär: Swisscom-TV geniesst auf dem eigenen Netz Vorfahrt, damit das Bild nicht plötzlich zu ruckeln beginnt, wenn nebenher ein grosser Download läuft.

Auch Oranges Zusammenarbeit mit dem kostenpflichtigen Musikdienst Spotify tangiert laut Kritikern die Netzneutralität: Mit Spotify können Orange-Kunden übers Internet so viel Musik hören wie sie wollen - das Datenvolumen wird nicht verrechnet. Die Nutzer des französischen Spotify-Konkurrenten Deezer geniessen diesen Vorteil nicht.

Anbieter sehen kein Problem

Die Anbieter selbst sehen darin kein Problem. Sunrise sagt, man behandle den gesamten Internetverkehr «neutral». Gewisse Einschränkungen seien aber unumgänglich, um «ein den Kundenanforderungen optimal entsprechendes Qualitätsniveau zu gewährleisten». Cablecom sagt, es gebe derzeit «keinerlei Anlass zu einer Einschränkung der Netzneutralität», man behalte sich bloss für den «theoretischen Fall eines Engpasses» die Möglichkeit von Einschränkungen vor. Laut der Swisscom ist die Spezialbehandlung der TV-Daten technisch notwendig, um die Qualität der Fernsehübertragung zu garantieren. Und Orange argumentiert, die «Marketingpartnerschaft» mit Spotify tangiere die Netzneutralität nicht, da alle Kunden die Möglichkeit hätten, «Streamingdienste zu attraktiven Konditionen zu nutzen».

Faktisch mag das Prinzip der Netzneutralität heute in der Schweiz tatsächlich nicht infrage gestellt sein - noch nicht, warnt der ETH-Forscher Brian



Datenzentrale von Facebook in Prineville (USA): Auch im Internet droht Stau. Foto: Key

Trammell: «Das Prinzip der Netzneutralität wird nicht über Nacht verschwinden. Es ist ein schleichender Prozess.»

Als Schreckensvision gilt eine Onlinewelt, in der Nischenanbieter oder unbequeme Inhalte keinen Platz mehr haben und das Internet als Innovationsmotor abgewürgt wird. Demgegenüber steht das Argument, dass sich ein Netz gar nicht mehr effizient betreiben lässt, wenn alle Daten gleich behandelt werden. Will man etwa Stromnetze oder medizinische Anwendungen via Internet steuern, muss man garantieren können, dass die dafür nötigen Daten nicht plötzlich im Stau stecken bleiben. Offen ist, wie man Missbrauch verhindern will, ohne dass man gleichzeitig die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Dienste behindert.

Cablecom ist nicht interessiert

Der grüne Zürcher Nationalrat Balthasar Glättli fordert eine Verankerung im Gesetz: Die Anbieter sollen verpflichtet werden, sämtliche Einschränkungen transparent zu machen. Und bei Missbräuchen soll der Staat intervenieren können. Auch der Bundesrat will das Thema angehen - allerdings erst im Rah-

Mehr Wettbewerb Die Swisscom setzt Sunrise zu

Die Offensive der Swisscom bei Handyтарifen im Sommer hat Sunrise 2012 gebremst. Zwar kletterte der Umsatz um 4,2 Prozent auf 2,07 Milliarden Franken. Das Plus ist aber vor allem einer Übernahme zu verdanken. Ohne diese wäre Sunrise lediglich um 0,9 Prozent gewachsen. Der Betriebsgewinn vor Abschreibungen (Ebitda) verbesserte sich um 3,9 Prozent auf 631,1 Millionen. Im ersten Halbjahr lag das Plus noch bei 8,5 Prozent, im zweiten Semester resultierte ein Minus von 0,3 Prozent. Noch keinen grossen Einfluss auf den Umsatz hatte das TV-Angebot, das Sunrise Ende Januar auf den Markt gebracht hatte.

men der für die nächsten Jahre geplanten Revision des Fernmeldegesetzes.

Die Telecombranche sträubt sich dagegen - und spricht von einer Regulierung auf Vorrat. An einem Hearing der parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit lancierte Swisscom-Chef Carsten Schloter quasi als Kompromiss die Idee einer Selbstregulierung: «An unseren regelmässigen Gesprächen mit dem Regulator werden wir einen neuen Roundtable nach dem Vorbild der Gespräche zum Bau der Glasfasernetze vorschlagen», kündigt Schloter an. Auf Anfrage signalisieren Sunrise und Orange ein grundsätzliches Interesse. Die Cablecom winkt ab: «Aufgrund unseres überlegenen Netzes macht eine Selbstregulierung (...) keinen Sinn.»

Marc Furrer, Präsident der Kommunikationskommission und Initiator des Glasfaser-Roundtables, reagiert überrascht auf den Vorschlag: «Wenn man mich als Mediator für eine Selbstregulierung anfragt, dann bin ich dazu selbstverständlich bereit», sagt er. «Allerdings bin ich der Meinung, dass die Grundsätze der Netzneutralität - und dazu gehört etwa eine Transparenzpflicht - im Gesetz verankert werden müssen.»

Zum ersten Mal wurden Nutzerzahlen kommuniziert: Bis Ende Dezember seien 38 400 Kunden aufgeschaltet worden. Viele würden aber noch von Einstiegsangeboten profitieren, sodass das TV-Geschäft noch kaum zum Wachstum beigetragen habe, so Krause. Unter dem Strich konnte Sunrise dennoch den Reingewinn von 10,7 auf 19,2 Millionen beinahe verdoppeln. Grund ist eine deutlich geringere Steuerlast. Angesichts der Lage nahm Sunrise harte Einschnitte vor: Ende Oktober erhielten 140 Angestellte die Kündigung. Insgesamt hat Sunrise 2012 311 Jobs gestrichen. (sda)

Kurz

Schuldenkrise Lagarde fordert die EZB zu Zinssenkung auf

IWF-Chefin Christine Lagarde hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Kampf gegen die Schuldenkrise zu einer weiteren Zinssenkung aufgefordert. Trotz des rekordtiefen Leitzinses von 0,75 Prozent habe die EZB noch immer etwas Spielraum, sagte Lagarde gestern in Dublin. Die EZB hatte den Zinssatz am Donnerstag unverändert gelassen. In Deutschland stiess die IWF-Chefin mit ihrer Forderung auf scharfe Kritik. «Das Geld über weitere Zinssenkungen zu verschenken, ist nicht hilfreich», erklärte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), Georg Fahrenschon. (Reuters)

Schweiz

Das Einkaufen wurde im Februar teurer

Der Landesindex der Konsumentenpreise legte gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozent zu. Im Jahresvergleich sind die Preise aber weiter rückläufig: Gegenüber Februar 2012 sank der Index um 0,3 Prozent. Seit September 2011 ist das Preisniveau in der Schweiz im Jahresvergleich damit nicht mehr gestiegen. Der Anstieg gegenüber Januar ist in erster Linie auf das Ende des Ausverkaufs bei Kleidern und Schuhen zurückzuführen. Zudem sind die Preise für Benzin, Diesel und Heizöl gestiegen. Weil die Produkte dieser Kategorien importiert werden, zogen sie auch den Index für ausländische Güter um 1 Prozent nach oben. (sda)

Werbung

Publigruppe hält sich nur knapp in der Gewinnzone

Der Werbevermarkter Publigruppe hat erneut starke Einbussen in seinem Hauptgeschäft erlitten: Im Inserategeschäft entstand 2012 ein operativer Verlust von 16,1 Mio. Franken. Die gesamte Publigruppe hielt sich mit einem operativen Gewinn von 1,6 Mio. Franken knapp in der Gewinnzone. 2011 hatte noch ein Betriebsgewinn von 21,9 Mio. Franken resultiert. Demgegenüber lag der Reingewinn mit 50,2 Mio. deutlich über dem Ergebnis des Vorjahres. Das gute Ergebnis wurde allerdings nur dank des Verkaufs eines wesentlichen Anteils des Immobilienbestandes möglich. Der Umsatz schrumpfte um 13 Prozent auf 1,13 Mrd. Franken. Die Publigruppe kämpft schon länger mit schwindenden Umsätzen. (sda)

Bank Brienz Oberhasli Bilanzsumme übersteigt eine halbe Milliarde Franken

Der Bruttogewinn der BBO-Bank Brienz Oberhasli ist 2012 um 7,2 Prozent auf 3,4 Mio. Franken gestiegen. Der Reingewinn wird unverändert mit 402 000 Franken ausgewiesen. Die Bilanzsumme ist um 4,8 Prozent auf 507,2 Mio. Franken angewachsen. Damit hat sie erstmals die Marke von einer halben Milliarde Franken übertroffen. Die Kundengelder sind um 4,2 Prozent auf 388 Mio. Franken angestiegen. Um 4,3 Prozent auf 439 Mio. Franken zugenommen haben die Ausleihungen der Bank. (bwi)

Anzeige

Kennen Sie Ihre Hypozinsen von 2015? Wir schon.

Nutzen Sie den historischen Tiefstand der Hypothekarzinsen mit der Termin-Fix-Hypothek der Credit Suisse.

Ihre Hypothek läuft noch, aber Sie würden gerne von den aktuell niedrigen Zinsen profitieren? Fixieren Sie Ihren Hypothekarzinsatz bis zu zwei Jahre vor Auszahlung einer neuen oder Verlängerung einer bestehenden Hypothek. Informieren Sie sich über unsere Termin-Fix-Hypothek, wir beraten Sie gerne. Telefon 0800 802 024.

credit-suisse.com/hypotheiken

Jetzt bis zu 24 Monate im Voraus abschliessen.